

Beitrag der Kampagne „Fight Racism now“ für die EJDm Konferenz „Der Fremde als Feind? – Heimatlos, ausgegrenzt“

Wer wir sind:

Die Kampagne Fight Racism now! ist im April bundesweit gestartet. In dieser sind Geflüchteteninitiativen sowie antirassistische und antifaschistische Gruppen organisiert, die sich anlässlich des 20. Jahrestages der faktischen Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl (26. Mai 1993) und des Mordanschlages von Solingen (29. Mai 1993) im Kampf gegen alltäglichen Rassismus und das deutsch-europäische Abschieberegime zusammengeschlossen haben.

Ein Rückblick in die Neunziger

Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und die fast täglich stattfindenden Angriffe und Anschläge auf Migrant_innen und Geflüchtete wurden von großen Teilen der Politik insbesondere der regierenden CDU/CSU als "Überforderung" der deutschen Bevölkerung gewertet – gleichzeitig wurde gegen Geflüchtete gehetzt, und eine aggressive Rhetorik gegen „Asylmissbrauch“ und „den ungehinderten Zustrom von Asylanten“ propagiert. Die Angriffe werden, für die schon in den 1980er Jahren von der CDU/CSU geforderte Änderung des Asylgrundrechtes im Grundgesetz, als Anlass genommen, diese nun auch umzusetzen: Wenige Monate nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen wurde am 6. Dezember 1992 der sogenannte "Asylkompromiss" zwischen der Koalition aus CDU/CSU/FDP und der SPD-Opposition vereinbart. Die Zustimmung der SPD war für die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erforderlich. Am 26. Mai 1993 wurde der Asylkompromiss mit den Stimmen der Koalition und der SPD im Bundestag verabschiedet. Das Grundrecht auf Asyl in Artikel 16, das aus der Erfahrung der Flucht einer halben Million Deutscher während des Nationalsozialismus, die in über 80 Staaten Asyl fanden, im Grundgesetz festgeschrieben wurde - wurde durch den Artikel 16a ersetzt. Das deutsche Asylrecht nach der Grundgesetzänderung und der Einführung des Asylverfahrensgesetzes erschwerte die Möglichkeit erfolgreich Asyl in der BRD zu beantragen massiv.

Rund 74 Prozent der Deutschen sprachen sich im Februar 1992 für diese Grundgesetzänderung aus. Die Konsequenz für Geflüchtete ist, dass es seitdem fast unmöglich ist, Asyl in Deutschland zu bekommen. Für die Hetzer in Presse und Politik, den Mob von Hoyerswerder und Rostock-Lichtenhagen und die Neonazis war dieser "Asylkompromiss", also die rassistische Grundrechtseinschränkung, ein großer Erfolg.

Drei Tage nach der Grundgesetzänderung ging der Terror gegen Migrant_innen weiter: Am 29. Mai 1993 verübten Nazis in der Nacht einen Brandanschlag auf ein Zweifamilienhaus in Solingen. Fünf Menschen starben: Hülya Genç (9), Gülüstan Öztürk (12) und Hatice Genç (18) kamen in den Flammen ums Leben. Gürsün İnce (27) und Saime Genç (4) erlagen ihren Verletzungen nach einem Sprung aus dem Fenster. Ein sechs Monate alter Säugling, ein dreijähriges Kind und der 15 Jahre alte Bekir Genç wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Bekir Genç erlitt schwerste Verbrennungen und unterzog sich seit dem Anschlag 30 Operationen und Transplantationen, 14 weitere Familienmitglieder erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

Heute:

Aus der Erfahrung der Neunziger Jahre, der Hetze von Politik und Medien, der Pogrome und Anschläge, der restriktiven Gesetzesänderungen und der mindestens 183 durch Neonazis Ermordeten haben sich in den letzten 20 Jahren Migrant_innen, selbstorganisierte Geflüchtete, Antifaschist_innen und Antirassist_innen organisiert. Wir begreifen unsere Kampagne als Teil dieser Strukturen.

Ein Ziel von „fight racism now!“ ist es auf die rassistischen Zustände von heute und die Motive von Abschottung und Ausgrenzung aufmerksam zu machen.

Vor einem Jahr haben viele Geflüchtete die ihnen zugewiesenen Lager verlassen und damit einen aktiven Verstoß gegen die Residenzpflicht begangen. Über einen 600km langen Protestmarsch haben sie ihre Forderungen nach Berlin getragen und ein Protest-Camp errichtet. Hier leben sie bis heute und organisieren ihren Widerstand. So lange sich an der Lebensrealität für Geflüchtete (Residenzpflicht, Angst vor der Abschiebung, keine freie Wahl der Unterkunft etc.) nichts ändert, wollen sie bleiben und ihren Kampf öffentlich führen. Diese Kämpfe sind ein Ansatzpunkt für eine neue antirassistische Offensive.

Rassistische Sondergesetze wie das ebenfalls 1993 beschlossene Asylbewerberleistungsgesetz prägen bis heute einen grausamen Alltag: Geflüchtete werden oft über Jahre in abgelegenen und überfüllten Sammellagern isoliert und unsichtbar gemacht. Sie werden systematisch unterversorgt und entmündigt – durch ein generelles Arbeitsverbot, durch strikte “Residenzpflicht” im einmal zugewiesenen Landkreis, durch Gutscheinsysteme statt Bargeld, durch Polizeischikane, Behördenwillkür und ständig drohende Abschiebung. Frauen und Kinder leiden unter dieser Situation in besonderem Maße, weil

ihnen jede Privatsphäre verwehrt ist. Viele Geflüchtete werden so in den Suizid getrieben. Ihr Anspruch auf Asyl wird so gut wie nie anerkannt.

Auch 20 Jahre nach den Anschlägen von Rostock Lichtenhagen, Solingen und Mölln muss nicht nur der institutionelle Rassismus sondern auch der alltägliche bekämpft werden.

Die weiß-deutsche Öffentlichkeit sieht sich überwiegend als tolerant und "ausländerfreundlich". Sie ist "gegen Nazis" und schätzt Mesut Özil im deutschen Nationaltrikot. Dennoch ist die deutsche Mehrheitsgesellschaft rassistisch. Sie spricht Millionen hier lebenden Menschen dauerhaft elementare Rechte ab. Sie behandelt Nicht-Weiße noch immer als Fremde, als Menschen auf Bewährung. Ein Schlaglicht darauf wirft die Staatsaffäre um den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU): Mehr als ein Jahrzehnt lang konnte der NSU unbehelligt morden, Bomben legen und Banken ausrauben, weil die deutsche Gesellschaft sich darauf festgelegt hatte, dass die Schuldigen dem "Milieu" der Opfer entstammen mussten. Mit dem rassistischen Label "Döner-Morde" haben Medien und Öffentlichkeit über Jahre die Opfer stigmatisiert und eine mögliche Aufklärung hintertrieben. Mit der Krise ist auch der überwunden geglaubte Rassismus gegen Bürger_innen südeuropäischer Staaten als Massenphänomen zurückgekehrt. Kapitalistischer Leistungskult und Standort-Nationalismus gehen hier Hand in Hand.

Der nationale Diskurs um Integration steht für einen modernisierten Rassismus, der nach Herkunft und Leistung gleichermaßen diskriminiert. Er richtet sich insbesondere gegen Menschen, denen eine muslimische Identität zugeschrieben wird. Menschen, die oft seit Jahrzehnten in Deutschland leben oder hier geboren wurden, wird pauschal ein Integrationsproblem unterstellt. So werden die Folgen anhaltender sozialer und politischer Diskriminierung als Versäumnisse der Betroffenen umgedeutet, als Ausdruck von Kultur und Mentalität. Einzelne werden als gut integrierte Vorzeige-Migrant_innen präsentiert, um allen anderen ihre ewige Bringschuld vorzuführen. Dass auch dieser kulturell verbrämte Rassismus brandgefährlich ist, belegt unter anderem der Publikumserfolg Thilo Sarrazins, und auf europäischer Ebene der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien.

Der Umgang mit den Roma offenbart die Heuchelei der deutsch-europäischen Asyl- und Menschenrechtspolitik. Roma werden überall in Europa in Armut gedrängt und stigmatisiert. In vielen Ländern werden sie von Behörden, Polizei und von bewaffneten Bürgerbanden systematisch terrorisiert. Die reichen Staaten Kerneuropas nutzen jede Gelegenheit, Roma in diese Länder zu deportieren. Sie setzen damit eine jahrhundertelange Geschichte der Ausgrenzung und Verfolgung fort. Die aktuelle Stimmungsmache und Politik von Innenminister Friedrich gegen Asylsuchende aus Serbien und Mazedonien und gegen Roma aus EU-Staaten knüpft nahtlos an die Hetze von 1993 an.

Deutschlands Anti-Asyl-Politik wurde zum Vorbild der europäischen Flüchtlingsabwehr, der in den letzten 20 Jahren mehr als 16.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Auf Grundlage des Art. 16a schiebt Deutschland Flüchtlinge ab, die über vermeintlich "sichere Drittstaaten" eingereist sind. Damit werden sämtliche umgebenden EU-Staaten Teil des Deutschen Abschottungsregimes. Die militariserte Grenzschutz-Kooperation FRONTEX zwingt Flüchtende Tag für Tag auf lebensgefährliche Routen, lässt sie ertrinken, verdursten oder ersticken. Wer Europa erreicht, wird einem lückenlosen Kontroll- und Abschiebesystem unterworfen und einem bestimmten Land zugewiesen, meist dem Einreiseland. Dort, besonders in Griechenland und Italien, herrschen für Geflüchtete selbst nach Ansicht deutscher Gerichte menschenunwürdige Bedingungen: Obdachlosigkeit, systematische Polizeigewalt, irreguläre Asylverfahren. Abschiebungen werden europaweit mit Verfolgerstaaten koordiniert. In Zukunft sollen Flüchtende bereits bei ihrer Einreise inhaftiert werden können.

Solidarität muss praktisch werden:

Die hier skizzierten Zustände sind uns als Kampagne Anlass genug, um aktiv zu werden und eine Öffentlichkeit zu schaffen. Als zentrales Ereignis werden wir zum 20. Jahrestag der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl eine Bundesweite Demonstration in Berlin veranstalten. Es geht uns jedoch nicht um eine eventbezogene, kurzweilige Veranstaltung. Ganz konkret wollen wir die Betroffenen von Alltagsrassismus und staatlichem Rassismus unterstützen. Wir werden den anstehenden Wahlkampf kritisch begleiten und im Rahmen der Blockupy Proteste an Europas größtem Abschiebeflughafen in Frankfurt am Main protestieren. Genauso geht es uns jedoch darum, eine Struktur der gegenseitigen Unterstützung zu schaffen: antirassistisches Einkaufsnetz gegen das Chipkartensystem, Support in den Lagern gegen die Isolierung oder die praktische Kritik an rassistischen Nachbarschaftsinitiativen vor Ort. Ob gestern oder heute: Solidarität muss praktisch werden!

Termine:

1. Mai (Fight racism now Block auf der 18.00 Uhr Demo in Berlin)

25. Mai (Bundesweite Demo in Berlin und Solingen)

31. Mai Deportation Airport (Proteste an Europas größtem Abschiebeflughafen FFM)

Flüchtlingstribunal gegen die BRD